



Wie allgemein bekannt, erlebte Südschleswig nach 1945 in Folge der totalen Niederlage Deutschlands eine massive Volksbewegung, die einen Anschluss des Landesteils an Dänemark wünschte.¹ Diese Bewegung ging vor allem von Sozialdemokraten und natürlich von der existierenden dänischen Minderheit aus, wurde aber im Sommer 1945 auch von Kräften aus dem deutsch geprägten bürgerlichen Lager unterstützt (Friedrich Wilhelm Lübke, Thomas Andresen). Diese dänisch orientierte Bewegung verstand sich selbst als eine demokratische Volksbewegung, die nach den Erfahrungen des Nationalsozialismus die Hoffnung auf eine demokratische politische Entwicklung in Deutschland verloren hatte und deshalb auf einen Anschluss an Dänemark setzte: Warum eine Demokratie aufbauen, wenn man einfach die funktionierende dänische Demokratie importieren konnte? Auch argumentierte man vom Volk her: Die einheimischen Schleswiger seien nie wirklich vom Nationalsozialismus infiziert worden und hätten ihren ursprünglichen, demokratisch-freisinnigen Volkscharakter bewahrt.²

Schon bald geriet die Bewegung jedoch in den Verruf, ein Schlupfloch für ehemalige Nazis darzustellen; Wendehälse, die nach der Kapitulation ihrer persönlichen Schuld und Verantwortung durch eine Flucht in die Minderheit und eine eventuelle Grenzverschiebung zu entkommen suchten.

„Dreckaffen“. Dieses Flugblatt und auch andere Quellen spielen auf Wendehälse an, die sich nach 1945 in Verleugnung ihrer bisherigen nazistischen Sympathien in die Minderheit einschlichen, um dort materielle Vorteile zu erlangen.³ Die Gerüchte darüber blieben nicht verborgen und führten u.a. dazu, dass die britische Besatzungsmacht



Martin Klatt: Nationalsozialismus und dänische Minderheit

Versuch einer Annäherung an einen zeitgenössischen Erklärungsversuch des nationalen Gesinnungswechsels in Südschleswig nach 1945

1 Vgl. vor allem Johan Peter Noack: *Det sydslesvigske grænsespørgsmål 1945-1947*, Aabenraa 1991.

2 Vgl. Martin Klatt: *Flygtningene og Sydslesvigs danske bevægelse 1945-1955*, Flensburg 2001, S. 96ff., Ders.: *Ein schleswigisches Volk. Das nationale Selbstverständnis der dänischen Minderheit und ihr Bild vom "Deutschen" unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg*, in: Broder Schwensen/Gerhard Paul/Peter Wulf (Hrsg.): *Lange Schattten. Ende der NS-Diktatur und frühe Nachkriegsjahre in Flensburg*, Flensburger Beiträge zur Zeitgeschichte 5, Flensburg 2000.

3 Z. B. verschiedene anklagende Briefe an den Vorsitzenden des Slesvigske Forening, Samuel Münchow, im Jahre 1946, ADCB (= Archiv der dänischen Zentralbibliothek für Südschleswig) P 174-10.

Dieses Plakat wurde 1946 in Lindaunis verbreitet und soll andeuten, dass ehemalige Nazis nun ihr Heil in der dänischen Lebensmittelhilfe suchen.

4 Notiz über Verhandlungen zwischen Hans Ronald Jørgensen, Dansk Generalsekretariat Flensburg, und Repräsentanten der Militärregierung in Husum am 17.9.1945, ADCB I 61, 14.08-1.

5 Z. B. SSF-Forretningsudvalg, 11.5.1947, ADCB I 61, 00.7.

6 Richard Schenk an die Kreisdirektoren Flensburg-Land, Schleswig, Eckernförde, Niebüll, Husum, Tönning, Rendsburg, 26.6.1947, Kopie im ADCB I 61, 87.11-1.

7 Retningslinier for medlemsoptagelse, verabschiedet vom Hauptvorstand des Slesvigsk Forening, 31.10.1945, ADCB I 61, 05.07-1.

8 Vgl. Martin Klatt: Nazistinvasion i det danske mindretal efter 1945? In: Lars N. Henningsen (Hrsg.): Grænselandshistorie gennem 40 år. Studiefdeling ved Dansk Centralbibliotek for Sydslesvig 1963-2003, Flensburg 2003, s. 147ff.

9 Kreisvorstand Flensburg-Land, 1.12.1945, ADCB I 58-1; 26.9.1945, ebd., Ortsverein Struksdorf, DsF Gottorperamt an Dänisches Generalsekretariat, 25.8.1946, ADCB I 61, 05.07-1; Resolution Kreisvorstand Flensburg-Land, 28.11.1946, ADCB I 58-1.

10 Werner Möller an das dänische Generalsekretariat, 5.3.1947, ADCB I 61, 14.08-1.

schon im September 1945 dieses Problem zur Sprache brachte⁴ und später die Minderheit wiederholt aufforderte, auf die Einhaltung der Aufnahmebestimmungen zu achten.⁵ Auch die schleswig-holsteinische Landesregierung versuchte ihrerseits, über die „Landesstelle für Heimatdienst“ entsprechende Gerüchte zu überprüfen.⁶

Die offiziellen Regeln zur Behandlung von Aufnahmeanträgen ehemaliger Angehöriger der NSDAP und ihr angeschlossener Organisationen in die dänische Minderheit waren eindeutig: Mitglieder und Anwärter der NSDAP und mit ihr verbundener Organisationen durften nicht aufgenommen werden. Dies war die unumstrittene Haltung der Minderheitenleitung im Sommer 1945, und sie wurde in den neuen, ab Oktober 1945 geltenden Aufnahmebestimmungen festgeschrieben.⁷ Diese Regeln wurden im Sommer 1946 durch die bisher nicht vorhandene Möglichkeit der Einzelaufnahme von Ehepartnern gelockert: Nun durften die Ehepartner von ehemaligen Parteimitgliedern Mitglieder des SSV werden. Parteianwärter konnten ab 1948 aufgenommen werden; mit der Satzungsänderung von 1950 verschwand das Aufnahmeverbot, was aber zum einen durch die auslaufende Entnazifizierung und zum anderen durch den inzwischen einsetzenden allgemeinen Mitgliederrückgang der dänischen Minderheit kaum noch von Bedeutung war.

Schriftverkehr zwischen den dänischen Sekretariaten in Südschleswig und den verschiedenen Orts- und Kreisverbänden des Slesvigsk, ab November 1946 Sydslesvigsk Forening (SSF; deutsch: Südschleswigscher Verein: SSV) belegt, dass große Anstrengungen unternommen wurden, die Regeln einzuhalten, aber auch, dass einige Antragsteller versuchten, sie zu unterlaufen.⁸ Ab dem Jahr 1946 wuchs zudem der Druck insbesondere von der Basis in den Landdistrikten, die harten Aufnahmekriterien zu lockern.⁹ Das dänische Generalsekretariat blieb aber aus verständlichen Gründen hart und verweigerte dies. Man hätte auch ein ernsthaftes Erklärungsproblem gegenüber den dänischen Unterstützern der Anschlussbewegung gehabt, wenn man ehemalige Nationalsozialisten in die angeblich nordisch-demokratische dänische Bewegung in Südschleswig aufgenommen hätte.

Antragsteller, deren Verhältnis zur NSDAP und anderen nazistischen Organisationen unklar war, wurden jedoch nicht endgültig abgewiesen, sondern auf eine Warteliste gesetzt. Ab August 1946 begann man, Ehepartner einzeln aufzunehmen, was dazu führte, dass offenbar eine ganze Reihe Frauen ehemaliger „Parteigenossen“ aufgenommen wurde. So kommentierte Werner Möller vom Slesvigsk Forening für den Kreis Husum die im März 1947 an das dänische Generalsekretariat Husum gesandte Liste „Neuzugänge 1946“ mit den Worten: „Es handelt sich hierbei hauptsächlich um Frauen von Pg's, die auf der Warteliste standen“¹⁰

Wie groß war das Phänomen? Während also unzweifelhaft ehemalige Anhänger des Nationalsozialismus nach dem Zweiten Weltkrieg in der dänischen Bewegung Südschleswigs Unterschlupf suchten, ist es methodisch und begrifflich schwierig, das Phänomen „Nazis in der

Minderheit“ quantitativ und qualitativ eindeutig zu beschreiben. Ein Vergleich des Wahlverhaltens der Bevölkerung Südschleswigs 1932 und 1933 zeigt für den ganzen Landesteil eine erhebliche Hinwendung zu den extrem nationalistischen und antidemokratischen Parteien, sowohl zur NSDAP als auch zur nationalkonservativen DNVP:

Die letzten drei Reichstagswahlen (absolute Stimmen) in Südschleswig¹¹

Datum	31. 7. 1932		6. 11. 1932		5. 3. 1933	
NSDAP	115 839	61,9%	96 807	56,3 %	116 164	63,1%
DNVP	15 709	8,4 %	19 875	11,6 %	23 016	12,6%
Sonstige dt. Parteien	54 241	29,0 %	52 459	30,7 %	43 554	23,8%
Den slesvigske Forening	1 367	0,7 %	1 544	0,9 %	konnte nicht kandidieren ¹²	

Bei der Landtagswahl im April 1947 wurden 99 000 Stimmen auf die Kandidaten des Sydslesvigske Forening abgegeben, was nach Abzug der Stimmen der Ost-Flüchtlinge eine knappe Mehrheit der einheimischen Bevölkerung darstellte. Hiermit stellt sich die auch schon früher aufgeworfene Frage¹³ der Korrelation der Zahl nationalsozialistischer Wähler 1932-33 zu den dänischen Wählern 1947.

Ein Vergleich der lokalen Stimmenverteilung zeigt jedoch kein einheitliches Bild:

Landtagswahl 1947, einheimische Stimmen für den SSF¹⁴

Landkreis	absolute Stimmen	ca. % der einheimischen Stimmen	% NSDAP am 31.7.1932
Stadt Flensburg	31 814	93,8	45,8
Eckernförde	7 134	33,3	54,6
Eiderstedt	3 997	54,9	60,2
Landkreis Flensburg	9 874	47,3	70,0
Husum	9 446	42,2	68,7
Rendsburg-Nord	7 179	41,8	nicht berechnet
Schleswig	17 718	51,1	69,1
Südtondern	10 578	53,2	64,5
ganz Südschleswig ¹	97 740	55,1	61,9

¹ohne Kiel-Nord, ²ohne Kiel Nord und Rendsburg-Nord

Während fast die ganze einheimische Bevölkerung Flensburgs 1947 dänisch wählte, waren es in den übrigen Kreisen nördlich der Linie Danewerk-Schlei zwischen 42 und 55%, im Kreis Eckernförde nur 33%. In den Kreisen, in denen die NSDAP 1932 über dem Landesteilsdurchschnitt von 61,9% lag, blieb der SSF 1947 unter dem Landesteilsdurchschnitt von 55,1%; diese Abweichung wird aber einseitig durch die Ergebnisse in der kreisfreien Stadt Flensburg verursacht. Eine nähere Untersuchung der dänischen Hochburgen bei

¹¹ Exkl. Kreis Rendsburg.

¹² Um den Einzug von "Splitterparteien" in den neuen Reichstag zu verhindern, hatte die neue Hitler-Regierung festgelegt, dass ein Wahlvorschlag mindestens 60 000 Unterschriften vorweisen musste, um zugelassen zu werden. Es gelang der Minderheit nicht, eine Ausnahmeregelung zu erreichen.

¹³ Vor allem Isbary, Gerhard: Problemgebiete im Spiegel politischer Wahlen am Beispiel Schleswigs. Bad Godesberg: Bundesanstalt für Landeskunde und Raumforschung 1960.

¹⁴ Nach Isbary 1960, S. 10. Zahlen für 1932 berechnet nach De nationale modsætninger 2001, S. 258.

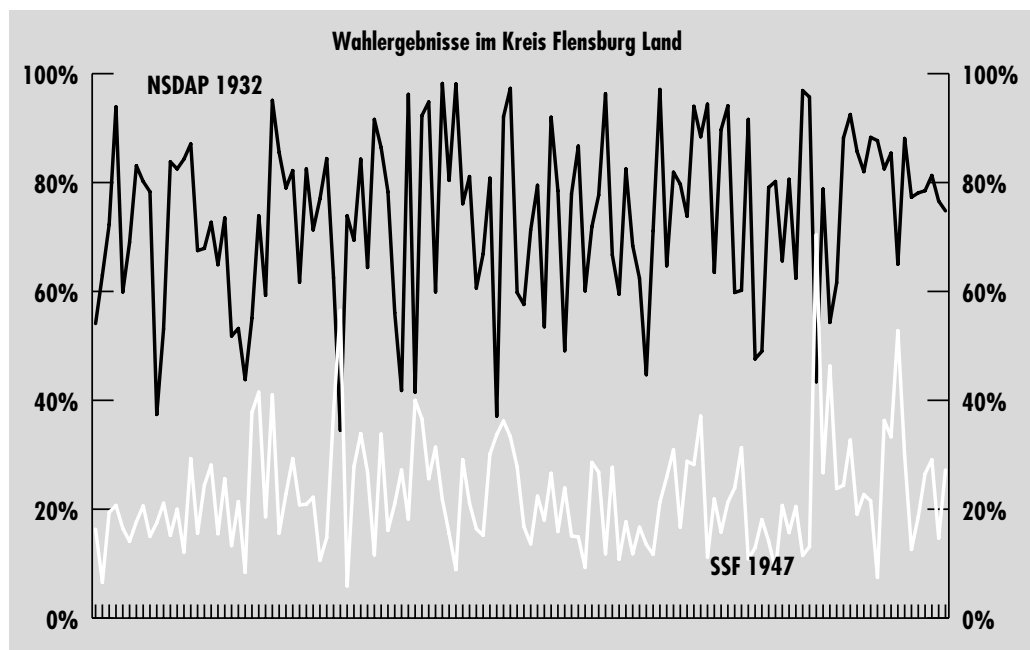
der Landtagswahl 1947 im Kreis Flensburg Land im Vergleich zum Wahlverhalten 1932 ergibt ebenfalls kein eindeutiges Bild:

15 Berechnungsgrundlage für den Anteil der NSDAP-Stimmen: Wahlstatistik der Flensburger Nachrichten.

SSF-Hochburgen Kreis Flensburg-Land 1947 (>40% dänische Stimmen) und NSDAP-Stimmen Juli 1932¹⁵

Gemeinde	SSF 1947	NSDAP- 31.7.1932
Sünderup	70,4 %	43,4 %
Harrislee	56,5 %	34,5 %
Weding	52,8 %	65,0 %
Tarup	46,3 %	54,3 %
Gotttrupel	41,5 %	73,9 %
Großenwiehe	41,0 %	95,1 %
Jarplund	40,0 %	41,5 %

Das gleiche gilt für eine graphische Darstellung des Wahlverhaltens in allen Gemeinden des Landkreises Flensburg. Auch hier zeigt sich keine eindeutige Korrelation zwischen dänischen Wählern 1947 und NSDAP-Wählern 1932. Es fällt allerdings auf, dass die Gemeinden mit außerordentlich hohem dänischen Wähleranteil 1947 für 1932 vergleichsweise niedrige NSDAP-Anteile aufweisen:



Wahlergebnisse der NSDAP (1932) und des SSF (1947) im Kreis Flensburg Land nach Gemeinden in Prozent

Ein sich in den angeführten Beispielen schon andeutender Trend verstärkt sich, wenn man die dänischen Wähler nach der Größe ihres Wohnortes klassifiziert: Eine schon 1960 veröffentlichte Untersuchung ergibt hier eindeutig, dass sich die dänischen Wähler stärker auf die Städte konzentrierten, wo es dänische Mehrheiten von 60 bis

70% der einheimischen Bevölkerung gab, während sie in den Landdistrikten nur knapp 40% der einheimischen Bevölkerung ausmachten,¹⁶ ganz im Gegensatz zur Verteilung der NSDAP-Wähler. Auch andere Untersuchungen sowohl zur dänischen Bewegung in Südschleswig nach dem Zweiten Weltkrieg¹⁷ und zum Wahlverhalten der schleswig-holsteinischen Landbevölkerung vor 1933 und nach 1945¹⁸ deuten an, dass die sozialen Strukturen, die Ende der 1930er Jahre eine massive Hinwendung der Landbevölkerung zur NSDAP bewirkten, den Nationalsozialismus, den Zweiten Weltkrieg und die Nachkriegszeit erstaunlich stabil überlebten und seit den 1950er Jahren politisch in der CDU integriert wurden, während die dänischen Wähler vor allem aus eigentlich sozialdemokratisch geprägten Wählermilieus kamen. Gleichwohl hat es bestimmt auch Wählerwanderungen von der NSDAP 1932 zum SSF 1947 gegeben. Man muss sich jedoch auch die Frage stellen, inwieweit Wählerwanderungen zwischen zwei Wahlen, die knapp 15 Jahre, eine Diktatur und 6 Jahre Krieg auseinander liegen, dazu berechtigen, wertende Urteile über den Gesinnungswandel dieser Wähler abzugeben.

Während es also schon problematisch ist, ein Urteil über einen Zusammenhang zwischen ehemaligen NSDAP-Wählern und SSF-Wählern zu fällen, gilt dies in verstärktem Grad für die Fragestellung der „Nazis“; die zu „Dänen“ geworden sind. Die in den oben erwähnten Quellen von anderen, sich selbst als Anti-Nationalsozialisten verstehenden Menschen pauschal als „Nazis“ bezeichneten Personen sind begrifflich nicht klar einzugrenzen: Handelt es sich um ehemalige Mitglieder, um leitende Persönlichkeiten, um Meinungsführer, um Sympathisanten? Seitens der Minderheit wurde, wie erwähnt, eine Abgrenzung nach streng formalen Kriterien gewählt: Ehemalige Angehörige der NSDAP und ihr angeschlossener Organisationen durften nicht aufgenommen werden. Damit stand Sympathisanten, die nie Parteimitglied wurden, sowie ab August 1946 Ehepartnern die Aufnahme offen, während Idealisten, die beispielsweise von 1933 bis 35 in der SA gewesen waren, dann aber die für sie persönlich vielleicht nicht ungefährliche Konsequenz zogen und austraten, nicht aufgenommen werden durften.

Ein Beispiel soll die Problematik veranschaulichen. 1947 unternahm die Landesstelle für den Heimatdienst, eine Dienststelle der schleswig-holsteinischen Landesregierung zur Koordinierung der deutschen Aktivitäten im Grenzkampf, unter Leitung des deutschgesinnten sozialdemokratischen Finanzministers Richard Schenk eine Initiative, die die ständigen Gerüchte und Behauptungen über ehemalige Nationalsozialisten, die sich der dänischen Minderheit angeschlossen hätten, verlässlich dokumentieren sollten. Schenk forderte die Kreisdirektoren in den südschleswigschen Kreisen in einem Rundschreiben auf, in allen Gemeinden durch Vertrauensleute verlässliche Informationen über ehemalige Nationalsozialisten zu sammeln, die sich nun der dänischen Minderheit angeschlossen hätten.¹⁹ Für die Gemeinde Wanderup im Landkreis Flensburg (Juli 1932: 85,4 % NSDAP, 1947 33,3 % SSF) wurde eine Liste mit 36 nament-

16 Isbary 1960, S. 11.

17 Noack 1991, S. 184ff.

18 Rudolf Heberle: Landbevölkerung und Nationalsozialismus. Eine soziologische Untersuchung der politischen Willensbildung in Schleswig-Holstein 1918-1932, Stuttgart 1963; Heinz Sahner: Politische Traditionen, Sozialstruktur und Parteiensystem in Schleswig-Holstein. Ein Beitrag zur Replikation von Rudolf Heberles: Landbevölkerung und Nationalsozialismus, Meisenheim 1972.

19 Schenk an die Kreisdirektoren Flensburg Land, Schleswig, Eckernförde, Niebüll, Husum, Tönning, Rendsburg, 26.6.1947, Kopie im ADCB I 61, 87.11-1.

20 Liste von H. Andresen pr. 2.1.1947 (wahrscheinlich ein Datierungsfehler: es muss sich um den 2.1.1948 handeln), Gemeinschaftsarchiv des Kreises Schleswig-Flensburg und der Stadt Schleswig, Abt. 1.0, Nr. 696.

21 ADCB I 58-2 bis I 58-5.

lich genannten Personen, angeblich ehemaligen Nationalsozialisten eingesandt, die nun Mitglied in der dänischen Minderheit geworden sein sollten. Nach Auskunft des Informanten stimme die Liste „zu 90%“:²⁰

Eine Abgleich mit der Kartei des SSF²¹ ergibt:

- nur drei der 36 Genannten waren tatsächlich Mitglieder des SSF, hatten aber in ihrem Aufnahmeantrag abgestritten, in der NSDAP oder angeschlossenen Organisationen gewesen zu sein
- Ein Genannter (angeblich ehemaliger SA-Leiter und Kassenchef der NSV, laut Informant „ist heute noch Nazi“) stand auf der Warteliste für den SSF, wurde später aufgenommen und war bis zum Tod 1956 Mitglied
- Ein Genannter war durch die Mitgliedschaft in der HJ 1941-45 in die Partei aufgenommen worden
- bei drei Genannten waren nur die Ehefrauen Mitglied im SSF

Die übrigen 28 angeführten Namen finden sich in der Kartei des SSF nicht wieder. Es ist folglich schwierig, hier und bei ähnlichen Listen zwischen Dorfklatsch und Fakten angemessen zu unterscheiden.

Insgesamt war die Aktion Schenks ein Fiasko und konnte ihr Ziel, nämlich zuverlässige Belege für den Übertritt ehemaliger Nationalsozialisten in die dänische Minderheit zu beschaffen, nicht erreichen.

Ambivalente Haltung der Minderheit. Während die Leitung der dänischen Minderheit sich im Sommer 1945 unumstritten für eine völlige Abgrenzung von ehemaligen Nationalsozialisten einsetzte, geriet diese klare Haltung im Laufe der folgenden Jahre etwas in den Hintergrund, zum ersten durch die erwähnte Einrichtung von Wartelisten, die Aussicht auf eine Aufnahme zu einem späteren Zeitpunkt boten, und zum anderen durch den zunehmenden Druck der Basis in den Landdistrikten, die eine Aufweichung der Aufnahmekriterien forderte. Problematisch war auch das Ziel der Bewegung, nämlich die „Wiedervereinigung“ Südschleswigs mit Dänemark durch das Selbstbestimmungsrecht der Völker, also eine erneute Volksabstimmung unter der einheimischen Bevölkerung. Diese hatte sich aber 1932-33 mit großer Mehrheit zum Nationalsozialismus bekannt, während man nach 1945 nicht zuletzt den politischen Entscheidungsträgern in Dänemark vermitteln wollte, dass es sich bei der einheimischen Bevölkerung eigentlich um eine in ihrem Inneren nordisch-freisinnig-demokratische, dänische Bevölkerung handelte. Dieser Widerspruch ist in der Minderheit nach dem Sommer 1945 nicht problematisiert worden.

Mit der Gründung einer politischen Partei im Sommer 1948, dem Südschleswigschen Wählerverband (SSW), wurde die noch bestehende formale Abgrenzung für den Bereich des Politischen quasi aufgehoben. Der SSW sollte einen „Heimatverband, in dem alle Bevölkerungskreise vertreten sind“; darstellen.²² Alle einheimischen Südschleswiger durften aufgenommen werden: entscheidend waren die Abstammung oder die Geburt nördlich der Eider oder Ansässig-

22 1. Programm des SSW, 1948, ADCB I 20-61.

keit dort seit 1932, nicht die ehemalige politische Gesinnung. Entnazifizierungsatteste wurden nicht gefordert.²³ Man setzte auf eine Vereinigung aller Einheimischen, gerichtet vor allem gegen die Ost-Flüchtlinge und die „preußisch-holsteinische“ Verwaltung, welche übrigens beide des öfteren als „nazistisch“ charakterisiert wurden, ohne dass man die Problematik des eigenen Sammlungsprogramms gerade in Bezug auf die nationalsozialistische Vergangenheit des Landesteils eingehend diskutierte.²⁴ Die Heimatstrategie schlug jedoch fehl: es gelang der Partei nicht, in den beiden „Flüchtlingswahlen“ 1950 und 1951, wo der Wahlkampf des SSW vollkommen auf den Konflikt zwischen Einheimischen und Flüchtlingen fokussiert wurde, Wählerschichten hinzuzugewinnen; der seit 1948 beginnende Rückgang der dänischen Stimmen setzte sich in gleichbleibender Linie fort.²⁵

Fazit. Zweifellos hat es ehemalige Wähler, Sympathisanten und Angehörige der NSDAP und ihr angeschlossener Organisationen gegeben, die nach 1945 zum Teil erfolgreich versuchten, in die dänische Minderheit aufgenommen zu werden. Die Größenordnung dieses Phänomens ist nicht zuverlässig fassbar, und man muss auch davon ausgehen, dass manche Urteile auf Gerüchten und Dorfklatsch basierten. Die Minderheit hat zwar die Aufnahme ehemaliger Parteiangehöriger in ihren Statuten ausgeschlossen, aber nur bis Herbst 1945 das Verhältnis zu ehemaligen Nationalsozialisten problematisiert; später wurde der Druck von Teilen der Basis zur Erleichterung der Aufnahme nur mit dem Pauschalargument, dass dies leider nicht möglich sei, abgewiesen. Mit der Gründung des SSW und der Definition als Heimatbewegung wäre eigentlich eine Problematisierung der nationalsozialistischen Vergangenheit dieser „Heimat“ nötig gewesen. Diese unterblieb aber, wie in deutschen Kreisen, völlig.

23 Lars N. Henningsen/Martin Klatt/Jørgen Kühl: SSW. Dansksindet politik i Sydslesvig 1945-1998, Flensburg 1998, S. 86.

24 Vgl. vor allem Martin Klatt: Flygtningene og Sydslesvigs danske bevægelse 1945-55, Flensburg 2001.

25 Klatt 2001, S. 285ff.

